

Atommülldeponie Afrika - Von Vladislav Marjanovic

09.11.2008 11:15

Der folgende Text erschien vor mehr als zwei Jahren im Februar 2006 in der Zeitschrift »Gorleben Rundschau«. Seitdem hat sich aber nichts zum Besseren verändert. Im Gegenteil, die Situation in den betroffenen Ländern, allen voran Somalia, ist noch schlimmer geworden. Somalier berichten, dass 40 % ihrer Bevölkerung an Krebs leiden. Deshalb ist es unerlässlich, diese Fakten erneut zu veröffentlichen.

Die gegenwärtige Finanzkrise, die in aller Munde ist und die Welt in Atem hält, und die Situation in Afrika haben gemeinsame Wurzeln. Beide sind Ausdruck einer Unmenschlichkeit, die unser Planet nicht länger ertragen kann. Der bekannte Theologe und «Anwalt der Armen», Leonardo Boff, der in der Woche vom 6. 10. 08 die Schweiz besuchte, hat in einem Interview geäußert: «Ein grosser Teil der Menschheit weiss, dass unsere Welt nicht auf dem immer gleichen Weg weitergehen kann. [...] Wir leben in einer Zeit der tiefen Krise unserer Paradigmen. Die herkömmliche Weise, unsere Welt zu verstehen, hat längst ihren Sinn verloren. Doch gleichzeitig ist die andere Welt noch nicht gänzlich geboren. Damit dieser Prozess vorangehen kann, müssen wir zu unseren irdischen Wurzeln zurückkehren.» Und er zitiert einen Kollegen mit den Worten: «Nur wenn wir uns als Brüder und Schwestern die Hände reichen, können wir besser leben.» Und dann folgt der Hinweis auf die Substanz mitmenschlichen Denkens, ein neues Bild vom Menschen, «der immer frei für die anderen sein muss, sich solidarisch mit den Leidenden zeigen muss und zusammen mit anderen Gutwilligen eine gerechtere und geschwisterliche Gesellschaft aufbauen kann.» Afrika gelingt noch immer kein echter wirtschaftlicher Aufschwung. Innere politische Krisen, die oft von aussen geschürt werden, und die hohen Schulden sind die beiden Fussfesseln, die es an seine Armut binden. Daher ist Afrika den neuen Herren der Welt vollkommen ausgeliefert und von ihnen, wie früher von den Kolonialherren, abhängig, man könnte fast sagen, kolonialisiert. Nun, im Vergleich zu den früheren Kolonialherren, die in ihren Kolonien doch wenigstens eine dürftige Infrastruktur aufgebaut haben, zeigen die neuen Herren der Welt kein Interesse daran. Sie sind nur noch mit der Ausbeutung der Rohstoffe und mit den grösstmöglichen Gewinnen, die sie in kürzester Zeit aus ihren Geschäften erzielen können, beschäftigt. Eines dieser Geschäfte ist der Export von Atommüll. Mit diesem Geschäft und seinen Auswirkungen auf die Entwicklung Afrikas werden wir uns jetzt beschäftigen. Es war wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel. Kaum zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls über die Dämpfung des Treibhauseffekts und kurz vor dem Welttag des Zivilschutzes veröffentlichte das

Unep, das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen, seinen Bericht über die Folgen der Tsunami-Katastrophe am 26. Dezember 2004. Die etwa 100 Minister für Umweltschutz, die in Nairobi vom 21. bis zum 25. Februar 2005 an der 23. Sitzung des Vorstandes des Weltministerforums für die Umwelt des Unep teilnahmen, mussten am 22. Februar 2005 aus dem Mund seines Vorsitzenden Klaus Töpfer eine besorgniserregende Information hören: Der Tsunami habe an der Küste Somalias nicht nur gewöhnlichen, sondern auch nuklearen Abfall angeschwemmt. Viele Leute in den vom Tsunami betroffenen Gebieten leiden unter ungewöhnlichen Gesundheitsproblemen. Es handelt sich, laut dem Unep-Bericht, um akute Infektionen der Atemwege, Magenblutungen, atypische «chemische» Reaktionen der Haut und plötzliche Todesfälle.

Entlang der Küste gelagerter Atommüll

Für viele Teilnehmer waren die Angaben des Unep-Berichtes unerhört. Nicht aber für das Unep. Auf Seite 134 des Berichtes, dessen offizieller Titel auf deutsch «Nach dem Tsunami - Erste Umwelteinschätzungen» lautet, ist zu lesen, **dass Somalia eines von vielen unterentwickelten Ländern ist, das seit den achtziger Jahren unzählige Schiffsladungen von Atommüll und anderen schädlichen Abfällen bekam und sie entlang der Küste lagerte.** Aufgezählt wurden unter anderem Uran, Cadmium, Blei und Quecksilber. Es fehlten natürlich nicht die Rügen für die nicht näher genannten Schuldigen: Es sei eine Verletzung der internationalen Verträge über den Export solcher Abfälle nach Somalia, und es sei ethisch fragwürdig, ob man solche Verträge mit einem durch einen Bürgerkrieg erschütterten Land abschliessen dürfe. Der Zorn des Unep scheint gerechtfertigt. Die Frage aber bleibt: Falls es seit den achtziger Jahren zu solchen Fällen gekommen ist, **warum hat das Unep nicht früher energische Massnahmen dagegen ergriffen?** Da es sich um einen Zeitraum von fast 25 Jahren handelt, ist es möglich, dass das Unep davon nichts wusste? «Es ist unmöglich, mit den Unep-Leuten, deren Stab in Nairobi ist, zu reden. Ihre Kommentare sind: Wir wissen nichts davon, wir werden uns damit später beschäftigen», beklagten sich die Behörden des somalischen Bezirkskreises El Dehere. Laut dem italienischen Journalisten Massimo Alberizzi wurden sowohl bei der Uno als auch bei der EU zahlreiche Beschwerden über die Folgen für Menschen und Umwelt durch die unachtsame Lagerung von nuklearen und toxischen Abfällen in Somalia eingereicht. Niemand hat sich dort bisher gerührt. Wenn schon nicht wegen der Beschwerden aus einem armen, zerfallenen afrikanischen Staat, warum schloss man die Augen vor der Tatsache, dass gerade in den achtziger Jahren zahlreiche Industriestaaten den Regierungen armer Länder riesige Summen für die Lagerung ihres Atommülls boten? Von den afrikanischen Staaten wurden damals neben Somalia auch Guinea-Bissau, Nigeria und Namibia zu diesem Zweck bevorzugt. Erst nach dem Skandal um das syrische Schiff «Zenobia», das 1988 etwa 20 000 Tonnen nuklearen Abfall transportierte und monatelang einen Hafen suchte, um seine Ladung löschen zu können, meldeten sich endlich die Vereinten Nationen zu Wort. 1989 wurde auf eine Uno-Initiative die Basler Konvention über die Kontrolle der Wege der nuklearen Abfälle ausgerufen. Die Umweltschützer protestierten. Laut ihnen bedeutete die Kontrolle der Wege des Atommülls **nicht die Verhinderung seiner Verschiffung in die dritte Welt.** Das geschah erst 1995, als die Basler Konvention einen Zusatz bekam, wodurch den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, besser bekannt als OECD, verboten wurde, gefährliche Abfälle in Nicht-OECD-Staaten zu exportieren. Dieses Verbot stiess aber auf das Missfallen

der USA. Washington weigerte sich, den Zusatzartikel der Basler Konvention zu unterzeichnen. Was andere Abfallproduzenten betrifft, so fanden sie Umwege, um ihren nuklearen Müll loszuwerden. Die Firma ODM aus Lugano hatte sogar im Internet die besten Stellen für die Lagerung nuklearer Abfälle aufgezeichnet. Das durch Bürgerkrieg zerfallene Somalia wurde bevorzugt. Angeblich habe Giorgio Comerio, der Direktor der Firma ODM, einem gewissen Ali Mali eine Million US-Dollar angeboten, um diese Abfälle im Nordosten Somalias zu lagern. Ilaria Alpi und Miran Hrovatin, zwei italienische Fernsehjournalisten, versuchten, mehr über solche Geschäfte zu erfahren. Sie kamen am 18. März 1994 in die somalische Stadt Bosasso, interviewten einen örtlichen Beamten, und am 20. März desselben Jahres, nur einige Stunden, bevor sie ihren telefonisch angekündigten Bericht an den italienischen Sender RAI überspielen konnten, wurden sie in Mogadischu auf offener Strasse von einem Killerkommando getötet.

Westen verdient Milliarden

Für Massimo Alberizzi und seinen Kollegen vom «Corriere della Sera» gibt es keinen Zweifel: Der Handel mit den nuklearen und anderen gefährlichen Abfällen, die vorwiegend in Somalia landen, befindet sich in den Händen des organisierten Verbrechens. Darin scheinen aber auch höhere Interessen verwickelt zu sein.

Massimo Scalia, der Vorsitzende einer Untersuchungskommission des italienischen Parlaments, sagte der Agentur Inter Press Service, dass Italien allein am Handel mit Atommüll jährlich sieben Milliarden US-\$ verdiene. Allein im Jahr 2001 wurden 600 000 Tonnen nuklearer Abfall nach Afrika verschifft. Dabei war Somalia nicht das einzige Ziel. Auch Zaire, Malawi, Eritrea, Algerien und Mosambik waren dafür vorgesehen. In Anbetracht des Ausmasses der illegalen Verschiffung von Atommüll aus Europa versuchte das Unep zu handeln.

Moustapha Tolba, damals Exekutivdirektor des Unep, protestierte bereits im September 1992 bei der italienischen und der schweizerischen Regierung und verlangte, den Export von nuklearem Müll nach Afrika zu beenden. Die Schweiz reagierte höflich: Man wolle diese Bitte überprüfen. Italien aber wies die Anschuldigungen scharf zurück. Der damalige italienische Umweltminister Carlo Ripa de Meana behauptete, kein italienisches Unternehmen sei an solchen Geschäften beteiligt. Dabei blieb es. Die Geschäfte mit dem nuklearen Müll liefen inzwischen in grossem Stil weiter. Aus Somalia kamen Hinweise, dass das radioaktive Mülldepot unweit des Ortes Obbia nicht von somalischen Milizen, sondern von «fremden Soldaten» bewacht werde. Laut einer vertraulichen Quelle haben Franzosen und Amerikaner bereits in den achtziger Jahren grünes Licht für den Bau eines Lagers für Atommüll in dieser Gegend gegeben. Auch der somalische Warlord General Morgan, der im Süden Somalias operiert, behauptet, dass mehrere ausländische Vertreter ihn in Nairobi besucht hätten, um seine Genehmigung für die Deponierung nuklearer Abfälle zu kaufen, was er, wie er sagte, abgelehnt habe.

Das Schweigen der Unep

Die Vertreter der Atomlobby übten aber weiter Druck aus. Laut einigen Behauptungen waren es sie, die die rasche Beendigung der Friedensgespräche zwischen den somalischen Bürgerkriegsparteien verhinderten. Unter diesem Druck befand sich auch das Unep. Johannes und Germana von Dohnany behaupten in ihrem 2002 erschienenen Buch «Schmutzige Geschäfte und Heiliger Krieg. Al-Qaida in Europa», dass das Unep von den Finanzmitteln, die die

Mitgliedstaaten im zweijährigen Rhythmus bereitstellen, abhängig sei. Daher wäre es, laut ihnen, zu riskant, offen gegen die Industrieländer, die ihre wichtigsten Geldgeber sind, aufzutreten. Diese Feststellung ist schwer zu bestreiten. Zwar hat das Unep seine Haltung zur illegalen Lagerung von radioaktivem Müll in Somalia nach der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember 2006 insofern geändert, als sein Bericht auf die Bedrohung des ökologischen Gleichgewichts und die Gefährdung der Menschen durch sorglose Aufbewahrung von Atommüll deutlicher als früher hingewiesen hat. Tatsächlich beschäftigt sich der Unep-Bericht ausführlich mit verschiedenen Aspekten der Auswirkungen besonders des an Land gespülten Mülls auf die Mangrovenwälder an der Küste, die Korallenriffe, die Fischerei und das Grundwasser. Hingegen werden die Schäden, die Menschen dadurch bereits erlitten haben- manche sind daran gestorben - nur flüchtig erwähnt. Die Verfasser beklagen sich übrigens, dass es ihnen nicht möglich war, die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen. Indirekt ist das auch die Rechtfertigung für die harmlosen Schlussfolgerungen des Unep-Berichtes, die sich praktisch nur mit den Umweltschäden und der Auswirkung der Klimaerwärmung auf die biologische Vielfalt Somalias beschäftigen. Was aber mit den Menschen, die Opfer einer gewissenlosen, rein gewinnorientierten Handelstätigkeit geworden sind, geschehen soll, darüber schweigt der Unep-Bericht. Von einer Verurteilung der Drahtzieher, die gewissenlos Menschen opfern und dabei sind, heute ein Land, morgen vielleicht einen ganzen Kontinent in eine radioaktive Mülldeponie zu verwandeln, ist schon gar nicht die Rede.

Aber was soll's, wenn der Preis für die Lagerung von gefährlichem Müll in Europa 250 US-\$ pro Tonne kostet, während man in Afrika für dieselbe Menge nur 2½ US-Dollar zu zahlen braucht? Das ist übrigens aus dem Unep-Bericht zu entnehmen.

Quelle:

<http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2008/nr42-vom-13102008/atommuelldeponie-afrika/>
Zeit-Fragen Nr. 42 vom 13.10.2008